

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 12. Februar 2010 · Nr. 36/6 D 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Koalition erzielt Kompromiss mit Vertriebenen

pca. BERLIN, 11. Februar. Der Streit in der schwarz-gelben Koalition um die Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach ist vorerst beigelegt. Die Führungen der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP erfüllten am Donnerstag die wesentlichen Forderungen des Bundes der Vertriebenen (BdV). Der BdV verzichtete im Gegenzug darauf, Erika Steinbach für den Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu nominieren. Der Beirat wird künftig vom Bundestag gewählt, nicht mehr von der Regierung bestellt. Der Bund der Vertriebenen erhält zudem mehr Sitze in dem Gremium. Die Stiftung soll in einem Ausstellungs- und Dokumentationszentrum in Berlin die Geschichte von Siedlung, Vertreibung sowie Neuaufbau im Westen von Millionen Deutschen aus früheren östlichen Siedlungsgebieten darstellen und erforschen. Frau Steinbach sagte am Donnerstag, sie werde sich „definitiv nicht mehr benennen lassen, das ist eine Ehrensache, auch um dem Herrn Außenminister das Leben zu erleichtern“.

(Siehe Seite 2.)

Sag mir, wo die Sternchen sind



Berlinale – Mit vierzig Sternchen soll im September am Potsdamer Platz in Berlin ein „Boulevard der Stars“ eröffnet werden. Gemeint sind – Hollywood! – natürlich die Filmsterne. Weil die 60. Berlinale gerade eröffnet wurde, wird heute das erste Sternchen enthüllt, und es ist – Holly Spreewood! – Marlene

Dietrich gewidmet. Anlass genug, dass sich auf **Seite 41** drei Regisseure darüber unterhalten, wie aus dem deutschen Film wieder ein blauer Engel werden könnte. Im Versmaß der **Seite 10** müsste es heißen: Berliner Engel / schauen bunte Sternchen an / Es liegt in der Luft.

Foto Hipp

Griechenland bleibt nicht allein

Von Holger Steltzner

Deutschland hat dem Druck der EU-Partner standgehalten. Es gibt erst einmal keine Finanzhilfe für Griechenland. Es wird auch nicht über mögliche Finanzinstrumente verhandelt. Das ist ein Etappensieg der Vernunft. Die EU-Kommission und fast alle EU-Staaten wollten gemeinschaftlich den Maastrichter-Vertrag brechen, sie forderten von Deutschland, die griechischen Staatsschulden zu übernehmen, obwohl die Haftung eines Landes für die Schulden eines anderen in der EU verboten ist. Zum Glück hat sich Bundeskanzlerin Merkel nicht zum Rechtsbruch verleiten lassen.

Griechenland werde nicht alleingelassen, kommentierte Frau Merkel den EU-Krisengipfel vielsagend. Man kann das als verkappte Finanzzusage für übermorgen und verbale Beruhigungsspiel für zappelige Kapitalmarktakteure lesen. Man kann das aber auch als dezente Hinweis auf Hilfe von außen verstehen. Griechenland muss seine Sparanstrengungen noch einmal verschärfen, die Fortschritte sollen im März geprüft werden, und zwar nicht mehr nur von der EU-Kommission, sondern auch von der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds. Das ist

eine schallende Ohrfeige für die Kommission, die sie verdient hat. Die Einbindung des Währungsfonds kann ein geschickter Schachzug sein, wenn sich die Lage in Griechenland zuspitzen sollte und Finanzhilfe schnell von außen kommen muss. Dafür ist der Währungsfonds geschaffen, er verfügt über Finanzmittel und Instrumente, und er sorgt im Unterschied zur EU-Kommission auch dafür, dass seine Auflagen zur Sanierung der Staatsfinanzen befolgt werden.

Wer, wie manche Investmentbank, auf deutsche Finanzhilfen spekuliert hat, wird den schnellen Gewinn am Markt für Kreditausfallversicherungen nicht einstreichen. Die Drohung einer Kettenreaktion mit zusammenbrechenden Banken kommt aber wieder. Die Gemeinschaft sollte überlegen, wie sie diesen Sumpf der Geiselnahme ganzer Länder trockenlegen kann. Wie können Banken Boni in Milliardenhöhe ausschütten, dadurch ihre Eigenkapitalausstattung vernachlässigen, dann aber gleich die nächste Spekulationswelle lostreten, um sofort wieder nach Staatshilfe zu rufen, weil das Systemrisiko drohe, was auch immer das sein mag? Dieses böse Spiel findet wohl erst dann ein Ende, wenn einige Spieler auf die Nase fallen.

Herman Van Rompuy, das „Gesicht Europas“, wird allmählich bekannt. Der EU-Ratspräsident strukturiert seine Tage mit fernöstlichen Haikus. **Deutschland und die Welt, Seite 10**

Abbas unter Druck

Schwere Vorwürfe hat ein früherer Korruptionsbekämpfer gegen den palästinensischen Präsidenten und dessen Umgebung erhoben. Doch die Anschuldigungen sind alt. Warum werden sie jetzt laut? **Politik, Seite 6**

Igerias neuer starker Mann

Warum war Vizepräsident Jonathan Njiru im Parlament als Ersatz für den verstorbenen Präsidenten Yaradua bestanden worden, entließ er dessen Staatserbe Aondoakaa. Wichtige Entscheidungen harren seiner. **Politik, Seite 9**

Stand bei Infineon

Die Lage des Chipherstellers hat die Märkte nicht davon abgehalten, den Vorschlag der Gesellschaft Berchtold in den Aufsichtsrat zu wählen – als Kandidaten für den Vorsitz. **Wirtschaft, Seite 22**

Siegabonnements?

Die Prognosen sollen mitunter schwer auf die Athleten schlagen. Aber sie sind, die höchsten Ansprüche an die Athleten. Ein olympischer Sport. **Sport, Seite 12**

nein Leben

Erzählt sich Airen, der Autor von „Strobo“, zu dem die Hegemann habe bei ihm vertrieben, was er so erlebt hat. **Feuilleton, Seite 37**

ellen in Berlin

Stadt wird damit begonnen an ehrgeizigen Quarantänen abzuarbeiten. Acht die geplante Einnahme der Nähe des Hauptbahnhofs. **Immobilienmarkt, Seite 47**

erlags:
teilungsanzeigen
nd 47

EU hilft Athen erst, wenn es nicht mehr anders geht

Merkel und Sarkozy: Klare und genaue Botschaft / Sondergipfel in Brüssel

wmu./now. BRÜSSEL, 11. Februar. Die EU hat dem hochverschuldeten Griechenland Hilfe für den absoluten Notfall zugesagt, sieht aber derzeit dafür keinen Bedarf. Zuvor stehe die Regierung in Athen in der Pflicht. Auf die Linie, von konkreten finanziellen Hilfszusagen abzuweichen und eventuelle Hilfe an strenge Bedingungen zu knüpfen, haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem informellen Gipfeltreffen am Donnerstag in Brüssel verständigt. In einer gemeinsamen Erklärung, die der ständige EU-Ratspräsident Van Rompuy im Namen der Partner erläuterte, wird Griechenland „entschlossenes und koordiniertes Handeln“ zugesagt, wenn es notwendig werden sollte, um die Finanzstabilität im Euro-Raum zu erhalten. Konkrete Finanzierungszusa-

gen seien aber vorerst nicht notwendig; eine Diskussion über Hilfsinstrumente sei verfrüht. Van Rompuy berichtete, der griechische Ministerpräsident Papandreu habe keinerlei finanziellen Zusagen gefordert. Der nächste Zahlungsbedarf entsteht für den griechischen Staat im April. Bundeskanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Sarkozy sprachen nach dem Treffen von einer klaren, genauen und unzweideutigen Botschaft der EU-Partner. Die Zusage Papandreous, die griechische Neuverschuldung weiter zu senken, sei „als ausreichend und richtig empfunden“ worden, sagte Frau Merkel. „Griechenland wird nicht alleingelassen. Aber es gibt Regeln, die eingehalten werden müssen.“ Nach Angaben von EU-Diplomaten soll mit der abstrakten und konditio-

nierten Hilfszusage erreicht werden, die Märkte zu beruhigen, ohne die griechische Regierung aus der Verantwortung zu entlassen. Die jetzt vereinbarte Linie laufe darauf hinaus, Zahlungen möglichst überflüssig werden zu lassen. Vor allem die Bundesregierung hat offenbar verhindert, dass die Partner konkrete finanzielle Zusagen gegeben haben. Frau Merkel habe auch darauf gedrungen, dass die Gültigkeit des Regelwerks für die Währungsunion in der gemeinsamen Erklärung an vorderster Stelle hervorgehoben werde. Papandreu erhielt von seinen Kollegen Unterstützung für das von der Athener Regierung vorgelegte Sparprogramm. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe auch Seite 3 sowie Wirtschaft, Seiten 15 und 25.)

Amerika darf Bankdaten nicht mehr kontrollieren

Europaparlament lehnt Swift-Abkommen ab / Washington: Rückschlag für Antiterrorkampf

nbn. STRASSBURG, 11. Februar. Das Europaparlament hat am Donnerstag ein Abkommen abgelehnt, das amerikanischen Behörden zur Terrorbekämpfung die Kontrolle europäischer Auslandsüberweisungen gestattet hätte. Die Abgeordneten stimmten mit 378 gegen 196 bei 31 Enthaltungen gegen das sogenannte Swift-Abkommen, das die Mitgliedstaaten im November mit Washington abgeschlossen hatten. Parlamentspräsident Buzek sagte, die Mehrheit sehe in dem Abkommen nicht das „nötige Gleichgewicht zwischen der Sicherheit auf der einen und dem Schutz der Bürgerrechte auf der anderen Seite“ gewährleistet. Damit darf das Abkommen, das seit 1. Februar in Kraft ist, nicht mehr angewandt werden. Es hatte dem amerikanischen Finanzministerium gestattet, im Zuge laufender Ermittlungen außereuropäische Überweisungen von europäischen Bürgern abzurufen. Die amerikanische Vertretung bei der EU zeigte sich „enttäuscht“ und sprach von einem „Rückschlag für die Anti-Terror-Zusammenarbeit der EU und der Vereinigten Staaten“. Die EU-Kommission teilte mit, sie respektiere die Entscheidung des Parlaments, bedauere aber, dass nun „höchst wertvolle Informationen“ fehlten. Die ablehnenden Stimmen kamen wohl vornehmlich von Sozialdemokraten, Grünen, Liberalen und der Linksfraktion. Die Christlichen Demokraten stimmten mehrheitlich für das Abkommen, al-

lerdings nicht die deutschen Unionsabgeordneten. Der CSU-Abgeordnete Weber sagte, nun müsse mit Washington ein neues Abkommen ausgehandelt werden, das den europäischen Datenschutzstandards entspreche. Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zeigte sich gegenüber dieser Zeitung zufrieden mit der Entscheidung des Parlaments: Datenschutz sei nun „nicht mehr nur ein Anhängsel der Sicherheitspolitik“. Mit der Ablehnung machte das Parlament Gebrauch von seinen neuen Mitbestimmungsrechten nach dem Lissabon-Vertrag. Neben Datenschutz-Bedenken spielte eine Rolle, dass die Abgeordneten sich bei der Aushandlung des Abkommens missachtet fühlten. (Siehe Seite 8.)

Justizministerin: Datendieb verfolgen

F.A.Z. BERLIN, 11. Februar. Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hat mit Blick auf entwendete Bankdaten gefordert, auch gegen den Informanten zu ermitteln, der Daten an Deutschland verkaufen will. „Auch Datenklau ist nicht erlaubt“, sagte sie dieser Zeitung. Sowohl die Steuerhinterziehung als auch die Datendiebstahl müssten verfolgt werden. Die Schweiz müsse sich der Diskussion stellen. (Siehe Seite 4 sowie Wirtschaft, Seite 13.)

Sicherheitskräfte in Iran verhindern Proteste

Her. ABU DHABI, 11. Februar. Unter einem beispiellosen Sicherheitsaufgebot hat in Teheran die staatliche Großkundgebung zum 31. Jahrestag der Islamischen Revolution stattgefunden. Die aus allen Landesteilen herbeigeschafften Sicherheitskräfte verhinderten größere Ansammlungen von Demonstranten. Aus der Opposition war zu hören, es seien zuvor 10 000 Personen verhaftet worden. Staatspräsident Ahmadineschad sagte in seiner Rede, dass Iran in der Anlage in Na-

tans schon zwei Tage nach dem Beginn der Arbeiten eine erste Ladung Uran mit 20 Prozent angereichert habe und dass Iran zu einem Atomstaat geworden sei. „In Natans haben wir jetzt die Fähigkeit, auf mehr als 20 Prozent und auch auf mehr als 80 Prozent anzureichern“, sagte Ahmadineschad. Die Regierung strebe aber keine Atomwaffen an. (Siehe Seite 6.)

An unsere Leser: Trotz Schnee und Eis auf den Straßen versuchen wir, Ihnen die Zeitung pünktlich zuzustellen. Sollte dies nicht gelungen sein, bitten wir Sie um Nachsicht.

Briefe an die Herausgeber	42	Zeitgeschehen	12	Branchen und Märkte	21	Sport	31
Immobilienmarkt	45	Wirtschaft	13	Wetter	22	Feuilleton	37
Deutschland und die Welt	10	Die Ordnung der Wirtschaft	14	Finanzmarkt	23	Medien	43
Das Kreuzworträtsel	11	Unternehmen	17	Kurse	26	Fernsehen und Hörfunk	44

Ende eines deutschen Trauerspiels

Von Berthold Kohler

Das also ist die „gute Lösung“ für einen Streit, der schon Jahre dauert: Erika Steinbach verzichtet auf den Sitz im Rat der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, den ihr der deutsche Außenminister im Namen der Versöhnung mit Polen verweigerte. Dafür bekommt der Bund der Vertriebenen (BdV) drei weitere Sitze in diesem Gremium. Die Ausstellungsfläche wird vergrößert. Vor allem aber, darauf kam es dem BdV und seiner Präsidentin besonders an, fällt das Vetorecht der Bundesregierung, genauer: des FDP-Vorsitzenden. Die Mitglieder des Stiftungsrates werden künftig vom Bundestag gewählt. Das dürfte tatsächlich das Maximale sein, was Frau Steinbach für ihren Verband und ihr Lebenswerk, in Berlin an die Vertreibung der Deutschen unter Beteiligung der Betroffenen zu erinnern, erreichen konnte. Denn Westerwelle, der als Lordsiegelbewahrer der Genscher-schen Versöhnungspolitik auftritt, hätte ihrer Benennung kühl widersprochen. Frau Steinbach hätte mit leeren Händen dagestanden. Die Union hätte die Starrköpfigkeit der FDP lautstark bedauert und es dabei belassen. Doch auch ihr hätte man es nicht mehr so leicht abgenommen, für die Anliegen der Vertriebenen einzutreten.

So kam es zu einer Einigung, die es allen Seiten halbwegs erlaubt, das Gesicht zu wahren. Dem Außenminister fällt nun sogar der Ruhm zu, Erika Steinbach verhindert zu haben; das schaffte bisher ganz Polen nicht. Die Übertragung des Berufungsrechts an den Bundestag lässt sich dafür verschmerzen. Denn erstens tritt die BdV-Präsidentin nicht mehr an; zweitens könnte die FDP auch im Bundestag zusammen mit der linken Opposition jede missliebige Person verhindern, wenn auch nicht mehr ganz so leicht wie im Kabinett oder im Koalitionsausschuss. Die Erweiterung des Stiftungsrates um drei BdV-Entsante vergrößert den Einfluss des Verbandes nicht; um das auszugleichen, wird das Gremium um fünf weitere Sitze aufgestockt.

Die Ingenieure der Koalition loben sich schon, welch gute, nein: geniale Lösung ihnen da eingefallen sei. Doch auch die neue Formel ist unübersehbar geprägt vom Misstrauen gegenüber den Vertriebenen und ihren Organisationen. Auch sie ist ein Dokument der Verweigerung des Selbstverständlichen. Sieger, da hat Frau Steinbach recht, gibt es in diesem Fall nicht. Nicht am Ende dieses deutschen Trauerspiels.

Gesperrt

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Mit großer Mehrheit hat das Parlament in Straßburg das europäisch-amerikanische Abkommen über die Weitergabe der Daten von Banküberweisungen abgelehnt. Fragt sich nur, ob sich diese Mehrheit allein von datenschutzrechtlichen Bedenken leiten ließ, wie das behauptet wird, oder auch oder in erster Linie von dem leidigen Impuls, die eigene Macht zu demonstrieren – nicht zuletzt den europäischen Regierungen. Denn mit deren Segen hatte die schwedische Ratspräsidentschaft noch 2009 und vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags ein Übergangsabkommen mit begrenzter Laufzeit geschlossen, das Amerika den Zugriff auf Daten europäischer Überweisungen ins außereuropäische Ausland zur Terrorabwehr hätte ermöglichen sollen. Das Europäische Parlament hatte sich schon im vergangenen Jahr darüber beklagt, dass man es habe übergehen wollen – und nun hat es die Zustimmung verweigert. Eine Heldentat für die Wahrung der Grundrechte?

Man sollte die Kirche im Dorf lassen: Das Abkommen wäre ohnehin in neun Monaten von einer endgültigen Regelung abgelöst worden; und auch jetzt ist amerikanischen Fahndern der Zugriff nicht unmöglich, nur viel

schwerer gemacht. Überdies wird Washington jetzt sein Heil in bilateralen Abkommen suchen, und die angesprochenen Regierungen werden sich vermutlich nicht entziehen. Denn natürlich steht nun zu befürchten, dass die Regierung Obama „Europa“ als unsicheren Kantonisten betrachten wird, auf den kein Verlass ist, wenn es um das Austrocknen der den Terror schmierenden transnationalen Finanzströme geht. Den Vorwurf, das Scheitern des Swift-Abkommens reiße eine Sicherheitslücke auf, wird Amerika den Europäern um die Ohren hauen.

Die Vereinigten Staaten hatten von Außenministerin Clinton bis zum Sicherheitsberater Jones die erste Garnitur aufgeboten, um das Parlament zur Zustimmung zu bewegen. Dessen Mehrheit aber hat sich von den amerikanischen Argumenten und Beteuerungen, der Datenschutz werde gewährleistet, nicht überzeugen lassen. Dies wird für das amerikanische Verhältnis zur EU nicht ohne Auswirkungen bleiben, gerade weil das sensible Feld der Terrorabwehr berührt ist. Obama wird sich noch im Nachhinein in seiner Entscheidung bestätigt fühlen, am EU-Amerika-Gipfel nicht teilzunehmen. Weil es der EU am nötigen Ernst fehlt?

Die Griechische Tragödie: In der Europäischen Union prallen die unterschiedlichen Mentalitäten aufeinander

„Ein Austritt wäre langfristig besser“

Es ist ein gravierender Konstruktionsfehler der Währungsunion, dass sie zu unterschiedliche Mitglieder zusammenspannt. Wirtschaftsprofessor Dirk Meyer von der Bundeswehruniversität in Hamburg rät zu einem Austritt oder Ausschluss der Griechen – dies sei besser als immer neue Finanzhilfen.

Herr Professor Meyer, Griechenland steckt tief in der Schuldenkrise. Nach dem Maastricht-Vertrag sollen die anderen EU-Staaten aber nicht helfen. Wird es trotzdem dazu kommen?

Die sogenannte „No Bail Out“-Klausel wird nicht halten. Sie ist schlicht nicht glaubwürdig. Damit erweist sich, dass wir in der Währungsunion faktisch eine Haftungsgemeinschaft sind. Davor haben Kritiker wie Joachim Starbatty früh gewarnt. Der Euroclub haftet also für das schlechte Finanzgebaren einzelner Mitglieder.

Sind wir also auf Gedeih und Verderb aneinandergebunden?



Dirk Meyer

Foto Privat

Kurzfristig ja. Die Griechen lassen sich jetzt erst mal rauskaufen. Jetzt versucht die EU erst mal, über bilaterale Hilfen oder auch eine Gemeinschaftsanleihe zu helfen. Aber das langfristige Problem wäre damit noch lange nicht vom Tisch. Wenn Griechenland geholfen wird, macht dieses Beispiel Schule. Das sehen Spanien und Portugal und fragen sich: Warum sollen wir uns anstrengen, wenn den Griechen geholfen wird? Es gibt einen gravierenden Konstruktionsfehler der Euro-Zone: Dort sind ungleiche Mitglieder einfach zusammengeführt worden. Wenn Arbeitsmärkte nicht flexibel genug sind, führen hohe Lohnerhöhungen wie in den Mittelmeerstaaten, die nicht von Produktivitätssteigerungen gedeckt sind, zu fallender Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Problemen. Früher haben die Mittelmeerstaaten einfach ihre Währung abgewertet und so ihre Exportfähigkeit wieder verbessert. Mit der Währungsunion ist das Wechselkursventil ausgefallen.

Die Griechen haben schon seit Jahren sehr hohe und steigende Leistungsbilanzdefizite. Das heißt, sie importieren viel mehr, als sie exportieren, und leben über ihre Verhältnisse.

Das gilt auch für einige andere schwächere Länder der Euro-Peripherie. Insgesamt haben die Leistungsbilanzungleichgewichte seit Beginn der Währungsunion drastisch zugenommen.

Wenn die Mitgliedsländer des Euro-Raums weiter ökonomisch auseinanderstreben, greift die kurzfristige Lösung finanzieller Hilfen auf Dauer nicht. Wäre es eine Möglichkeit für die früheren Weichwährungsländer, einfach wieder aus dem Euro auszutreten?

Falls die Griechen austräten aus dem Euro und eine neue, eigene Währung einführen, gäbe es eine starke Abwertungserwartung. Die Folge wären auch höhere Zinsen für die neuen griechischen Staatspapiere. Ihre Auslandsschulden, die in Euro notiert sind, würden bei einer Abwertung der neuen Drachme im Wert steigen, die Bedienung würde schwerer. Das wäre erst mal ein großer Nachteil für die Griechen. Es droht durchaus das Risiko einer Anschlussinsolvenz, das würden auch die Gläubiger einkalkulieren müssen. Die Spekulanten, die von den hohen Zinsen angelockt waren, würden erhebliche Verluste erleiden. Allein deutsche Banken halten griechische Schulden in Höhe von 30 Milliarden Euro. Derzeit deuten die relativ moderaten Risikoaufschläge allerdings an, dass die Märkte eine Hilfestellung der EU erwarten.

Für die Griechen wäre ein Austritt ökonomischer Selbstmord?

Um dem vorzubeugen, würde Griechenland sich einen Austritt damit abkaufen lassen, dass die EU zumindest einen erheblichen Teil der griechischen Auslandsschulden übernehmen würde. Das ist aber dennoch ein Szenario, das man langfristig erwägen sollte. Es wäre eine billigere und bessere Lösung für uns alle statt ständig neuer Hilfen. Die Griechen könnten abwerten und würden wirtschaftlich wieder gewinnen.

Also sollte man sich doch Gedanken machen darüber, wie schwache Kandidaten wieder aus der Währungsunion austreten könnten? Im Maastricht-Vertrag steht davon nichts.

Ob es politisch opportun ist, weiß ich nicht. Ökonomisch und längerfristig wäre es die bessere Lösung. Ein schwerwiegender Vorschlag wäre ein geordneter Austritt von Griechenland oder gleich von vier ehemaligen Weichwährungsländern: Griechenland, Spanien, Portugal und Italien. Dadurch würde der Währungsraum homogener werden. Und die vier Länder könnten sich entweder an den Euro locker anbinden, oder sie könnten eine gemeinsame mediterrane Währung gründen, um dem Spekulationsrisiko weniger stark ausgesetzt zu sein. Man könnte sich sogar überlegen, ob man die Griechen nicht gemäß internationaler Vertragskonvention aus der Währungsunion ausschließen sollte, denn sie haben massiv gegen die Verträge verstoßen.

Gibt es Präzedenzfälle von Währungsunionen, die aufgelöst wurden?

Es gibt mehrere Beispiele. Es bestand eine Lateinische Münzunion 1865 zwischen Frankreich, Italien und Belgien, die wieder zerbrach. 1872 gab es eine Skandinavische Währungsunion zwischen Dänemark, Schweden und Norwegen. Sehr bedeutsam war die Kronen-Zone mit Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit. Die sind alle aufgrund institutioneller Ungereimtheiten letztlich zerfallen.

Auch der Euro ist nicht für die Ewigkeit?

Die Probleme werden sich verschärfen, weil das Regelwerk nur unzureichend wirksam ist und die Mitglieder strukturell nicht zueinanderpassen. Wie lange der Euro hält, kann keiner sagen. Aber die Unzufriedenheit nimmt zu. Die Bürger der Geberländer fragen sich, warum sie für Schamperei und Misswirtschaft haften sollen. Und die Griechen und andere fühlen sich in ihrer nationalen Souveränität eingeengt und gegängelt. Die Krise wird damit auch eine politische.

Das Gespräch führte Philip Pickert.

Litauens Wirtschaft ist 2009 voraussichtlich um etwa 18 Prozent geschrumpft. Hilfe von außen hat das Land dennoch keine gebraucht. Der litauische Ministerpräsident Andrius Kubilius über die Unterschiede in der Reaktion.

Herr Ministerpräsident, alle reden von Hilfe für Griechenland. Ihre Regierung hat der Bevölkerung in der Krise viel schärfere Kürzungen, etwa der Renten, zugemutet, als es jetzt die EU von Athen verlangt. Können Sie da Hilfen für die Griechen zustimmen?

Wir können die Situation nicht selbst überlassen und müssen verhindern, dass sich eine Finanzkrise wie im September 2008 wiederholt. Ich sehe die Diskussion über Griechenland in diesem Zusammenhang. Aber Ihre Beobachtung stimmt: Die Maßstäbe darüber, was man der Bevölkerung zumuten kann, sind innerhalb und außerhalb des Euro-Raums, im Norden und im Süden der EU, offenbar sehr unterschiedlich.

Ist das gerechtfertigt?

Es gibt sicher Mentalitätsunterschiede. Die litauische Bevölkerung ist leidensfähig, weil sie viele Jahre die sowjetische Besatzung ertragen musste, und sie ist immer noch sehr stolz, zur EU zu gehören. In vielen südlichen EU-Staaten hält man es dagegen für selbstverständlich, vom Staat und von der EU versorgt zu werden. Deshalb hatten wir zum Beispiel eine deutliche Rentenkürzung für uns sicher leichter durchzusetzen als für die griechische Regierung.

Welche Lehren ziehen Sie aus dem griechischen Fall?

Mein größtes Unbehagen hängt damit zusammen, dass die EU-Regeln kaum eine Wiederholung der griechischen Probleme – dort oder woanders – verhindern können. Nur ein Beispiel: Über die falschen Statistiken wissen wir schon lange

Hilfe für Osteuropa

In einigen Staaten Osteuropas und vor allem im Baltikum hat die Krise besonders heftig zugeschlagen: Die Wirtschaftsleistung von **Lettland**, zuvor getrieben von einem Immobilienboom, der abrupt endete, ist im Krisenjahr 2009 um 18 Prozent geschrumpft. Dieses Jahr wird sie nochmals um 2 bis 4 Prozent sinken. Die Arbeitslosenquote hat sich auf 23 Prozent verdoppelt. Notkredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Union (EU) über 7,5 Milliarden Euro konnten Anfang 2009 einen Staatsbankrott verhindern. Im Haushalt von 2010 klafft nach der Planung immer noch ein Defizit von 8,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Vor den Wahlen im Herbst hält sich die Regierung nur mit Mühe auf dem vom IWF geforderten Sparkurs.

Noch größer war die Rettungsaktion für **Ungarn**: Im Herbst 2008 drohte der Staat zahlungsunfähig zu werden und erhielt von IWF und EU Notkredite über 20 Milliarden Euro. Unter Aufsicht des IWF hat die ungarische Regierung einen verschärften Sparkurs durchgesetzt, Beamtengehälter gekürzt und das Rentenalter erhöht. Das Haushaltsdefizit konnte so trotz der schweren Rezession (minus 8 Prozent) fast auf 3 Prozent des BIP gesenkt werden. (ppl.)

„In vielen südlichen EU-Staaten ist es selbstverständlich, von der EU versorgt zu werden“



Der litauische Ministerpräsident Andrius Kubilius

Foto Felix Seuffert

Bescheid. Was ist passiert? Nichts. Sollte die EU den Griechen jetzt helfen, hat sie keine Garantie dafür, dass Athen wirklich die Politik betreibt, die nötig ist. Die Sanktionsmöglichkeiten, die dem Internationale Währungsfonds (IWF) zur Verfügung stehen, wenn er hilft, hat die EU nicht.

Sollte Griechenland dann nicht zum IWF gehen?

Die EU und der Euro hätten dann wohl ein großes Glaubwürdigkeitsproblem. Mir geht es aber vor allem um etwas anderes: Wir brauchen Präventionsmechanismen zur Verhinderung eines neuen griechischen Falles.

Wie könnten die aussehen?

Ich habe keine Patentrezepte. Aber die Diskrepanz ist doch offensichtlich: Solange ein Land noch nicht Mitglied des Währungsraums ist, gelten die Maastricht-Kriterien strengstens. Aber sobald es einmal drin ist, kann es fast machen, was es will, und niemanden kümmert es. Ich denke schon, dass wir darüber reden müssen.

Warum hat Litauen in der Krise keine Hilfe vom IWF gebraucht?

Die Krise hat uns hart getroffen. Aber wir haben schnell gehandelt. Und es gibt im Baltikum immer einen gesunden Wettbewerb zwischen den drei Staaten. Als Lettland, dessen Wirtschaft in ähnlichem Umfang eingebrochen ist wie unsere, Hilfe vom IWF brauchte, war das für uns erst recht Ansporn, es ohne Hilfe zu schaffen.

Im Herbst hat die EU-Kommission noch befürchtet, dass das litauische Staatsdefizit in diesem und im kommenden Jahr so hoch bleibt wie 2009, als es etwa 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug. Inzwischen haben wir guten Grund anzunehmen, dass wir 2012 den Maastricht Referenzwert von 3 Prozent des BIP wieder erreichen.

Und die Rezession ist vorbei?

Im September 2009 wurde ein weiteres Schrumpfen der litauischen Wirtschaft um 4 Prozent in diesem Jahr prognostiziert. Jetzt liegen die Prognosen schon wieder bei 1,6 Prozent.

Befürchten Sie, dass Länder wie Deutschland angesichts der Griechenland-Krise mehr als bisher eine Erweiterung des Euro-Raums, etwa um ihr Land, verhindern wollen?

Ich will das nicht hoffen. Deutschland muss ein Interesse daran haben, dass jedenfalls die baltischen Länder dem Euro-Raum beitreten können, wenn sie die Maastricht-Kriterien erfüllen. Denn finanzpolitisch sind wir wie Deutschland, nicht wie Griechenland.

Aber der Euro bleibt für sie auch jetzt attraktiv?

Natürlich. Die Refinanzierungsbedingungen für unsere Wirtschaft würden dadurch eindeutig verbessert. Wir streben einen Euro-Beitritt im Jahr 2014 an.

Die EU hat eine neue wirtschaftspolitische Strategie bis zum Jahr 2020 in Vorbereitung, als Nachfolgerin der „Lissabon-Strategie“. Wie sollte sie aussehen?

Als die Lissabon-Strategie verabschiedet wurde, waren wir ja noch nicht EU-Mitglied. Das damals vereinbarte Ziel, die EU solle bis 2010 der „wettbewerbsfähigste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt“ werden, hat mich immer ein wenig an die Parolen erinnert, die Nikita Chruschtschow in den fünfziger und sechziger Jahren in der Sowjetunion ausgegeben hat. Wir tun gut daran, bescheidener zu werden. Das Sozialmodell der skandinavischen Staaten kann in mancher Hinsicht Vorbild für andere EU-Länder sein.

Das Gespräch führte Werner Mussler.

CSU und FDP streiten über Hartz IV

Westerwelle: Diskussion trägt sozialistische Züge / Seehofer für Generalüberholung

enn. BERLIN, 11. Februar. Der Streit über die Folgen aus dem Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts hält die schwarz-gelbe Koalition auf Trab. Der FDP-Vorsitzende und Vizekanzler Guido Westerwelle kritisierte, die Diskussion über das Urteil trage „sozialistische Züge“. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer verlangte hingegen Verbesserungen für Langzeitarbeitslose. Seehofer will das Urteil zum Anlass für eine Generalüberholung des Hartz-IV-Systems nutzen. Einmalzahlungen – etwa für größere Anschaffungen wie eine Waschmaschine – sollten wiedereingeführt werden, sagte der bayerische Ministerpräsident der „Süddeutschen Zeitung“. Die bisherigen Regelungen seien „eines Sozialstaats unwürdig“. Außerdem sollten die Zahlungen an die regional unterschiedlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden. Zugleich sollten Langzeitarbeitslose jedoch härter bestraft werden, wenn sie eine angebotene Tätigkeit ablehnten, die zumutbar sei. Bislang sei dies im Gesetz nur „gummiweich“ formuliert, kritisierte Seehofer.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wandte sich derweil gegen Seehofers Vorschlag einer regionalen Staffelung der

Hartz-IV-Sätze. „Wir haben bereits heute eine Flucht in die Anonymität der Großstädte. Regionalisierte Sätze würden aus meiner Sicht ländliche Räume weiter ausbluten lassen“, sagte BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt am Donnerstag. Höhere Sätze in teuren Ballungsräumen seien auch deshalb überflüssig, weil es schon heute bessere Hilfsangebote als auf dem Land gebe. Als Beispiel nannte Alt Sozialkaufhäuser, Tafeln oder Vergünstigungen im Rahmen eines Sozialtickets. Hartz-IV-Empfänger hätten in einer Stadt auch eher die Chance, mit Verdiensten aus Nebenjobs Sozialleistungen zu ergänzen. Überdies brächte eine regionale Staffelung viel zusätzliche Bürokratie.

Für FDP-Chef Westerwelle sind mögliche Mehrbelastungen für den Bund aus dem Hartz-Urteil kein Grund, die Forderung nach Steuersenkungen aufzugeben. „Wie in einem pawlowschen Reflex wird gerufen, jetzt könne es erst recht keine Entlastung der Bürger mehr geben, das Geld brauche man für höhere Hartz-IV-Sätze“, schrieb Westerwelle in der „Welt“. Stattdessen sollten die Leistungen des Steuerzahlers in den Mittelpunkt gerückt werden, forderte er. In Deutschland habe

man zu lange die Verteilung optimiert und vergessen, wo Wohlstand herkomme. „Es scheint in Deutschland nur noch Beziehung von Steuergeld zu geben, aber niemanden, der das alles erarbeitet. Empfänger sind in aller Munde, doch die, die alles bezahlen, finden kaum Beachtung“, erklärte Westerwelle. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Petra Pau entgegnete darauf, jeder, der die grundgesetzlich geschützte Menschenwürde wichtiger nehme als sein eigenes Ego, trage „sozialistische Züge“. Der designierte Parteichef der Linken, Klaus Ernst, kündigte an, seine Partei wolle die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai zur Abstimmung über Hartz IV machen.

Unterdessen wies Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) die Kritik von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) an der Hartz-IV-Entscheidung zurück. Er hatte bemängelt, das Urteil zeige eine „problematische Tendenz hin zu einer übertriebenen Einzelfallbetrachtung statt zu einer vernünftigen Pauschalierung“. Leutheusser-Schnarrenberger entgegnete, der Gestaltungsspielraum zur Umsetzung des Urteils bleibe beim Gesetzgeber.

Die Griechische Tragödie Nach schweren Finanzkrisen verschulden sich Regierungen typischerweise besonders stark

Hohe Staatsschulden belasten das Wirtschaftswachstum

Internationale Studien zeigen: In vielen Staaten sind die Schulden so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Häufig folgten in der Vergangenheit Inflation oder Zahlungsausfälle. Verschuldung im Ausland führt leichter zu Problemen als eine Verschuldung im Inland.

bes./gb. LONDON/FRANKFURT, 11. Februar. Die Höhe der Staatsschulden westlicher Industrieländer ist so gewaltig wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Das Volumen droht über den Umfang hinauszuwachsen, der mit normaler Schuldentrückführung ohne Hilfe von Zahlungsausfällen oder Inflation zu bewältigen wäre. Nach einer Schätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird der Schuldenberg der Industrieländer von 78 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf 106 Prozent in diesem Jahr und 114 Prozent im Jahr 2014 steigen. In den Vereinigten Staaten wird die Schuldenquote dieses Jahr auf 60 Prozent und bis 2020 auf 87 Prozent der Wirtschaftskraft klettern. „Aus fiskalpolitischer Sicht ist die Volkswirtschaft in einer Situation, als ob sie gerade den Dritten Weltkrieg überstanden hätte“, heißt es in einer Studie der Investmentbank Morgan Stanley.

Welche Chance haben die Länder, diese Schuldenlast abzutragen? Die Möglichkeiten, die Regierungen und Notenbanken offenstehen, hängen von der fiskal-, geld- und währungspolitischen Souveränität eines Staates ab. Auch ist entscheidend, ob die Schulden auf Fremdwährung oder eigene Währung lauten und wie lange die Laufzeit der Schuldtitel ist.

Länder wie die Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Australien, Japan und Schweden sind souveräne Staaten, verfügen über eigene Währungen, Notenbanken und fiskalpolitische Unabhängigkeit. Theoretisch können sie ihre Schulden immer bedienen, im Notfall mit Hilfe der Notenpresse, Inflation und Abwertung ihrer Währung. Vor allem Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan haben angesichts ihrer Einbindung in die internationalen Kapitalmärkte auch gesteigertes Interesse daran, den Zah-

lungsverpflichtungen gegenüber ihren internationalen Gläubigern nachzukommen.

Mitglieder der Europäischen Währungsunion haben eine geringere Flexibilität. Sie verfügen über keine eigene Währung, die abgewertet werden könnte. Sie haben keine geldpolitische Souveränität mehr, die eine Erhöhung der Geldmenge und der Inflation ermöglichen würde. Die Gefahr, der Schuldenlast durch Zahlungsausfall zu entgehen, ist daher größer.

Je mehr Schuldtitel in heimischer Währung emittiert wurden und je mehr von diesen Schuldtiteln im Ausland gehalten werden, desto größer ist der Anreiz für souveräne Staaten wie die Vereinigten Staaten oder Großbritannien, den Schuldenberg mit Hilfe von Inflation zu reduzieren. Dies ist exakt der Weg, den die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg beschritten: Im Jahr 1946 betrug die amerikanische Staatsschuld 108,6 Prozent der Wirtschaftskraft des Landes. 60 Jahre später waren es nur noch 36 Prozent, obwohl sich Amerika im Schnitt ein Haushaltsdefizit von jährlich 1,6 Prozent der Wirtschaftskraft leistete.

Inflation ist eine Versuchung

Nach einer Berechnung von Morgan Stanley wurde diese Schuldenreduktion durch stärkeres nominales Wirtschaftswachstum erreicht. Dies reduziert die Schuldenquote automatisch. Interessant aber ist, dass 56 Prozent dieses nominalen Wirtschaftswachstums auf höhere Inflation zurückzuführen waren und nur der Rest auf reales Wirtschaftswachstum.

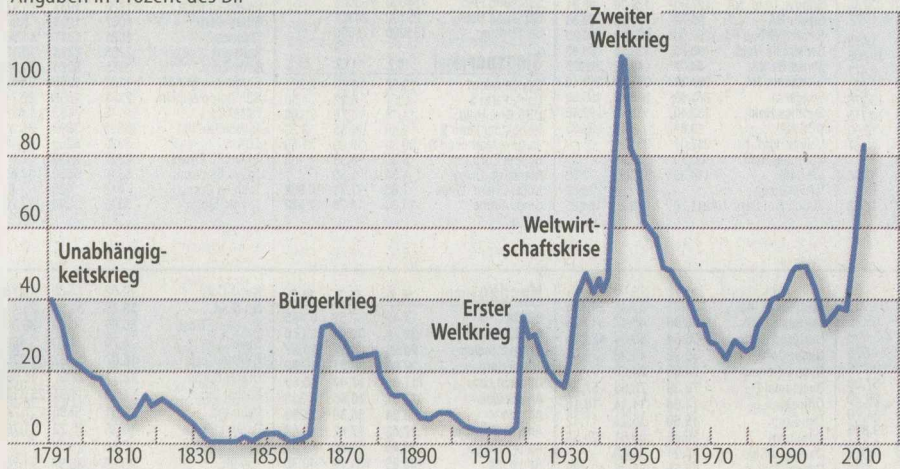
Dies lässt in grober Rechnung einen Umkehrschluss zu: Wollte Amerika versuchen, die Schuldenquote auf 60 Prozent zu stabilisieren und dies bei 2 Prozent Inflation, dann müsste das Haushaltsdefizit in einen Überschuss von 1 Prozent umgewandelt werden. Ein ausgeglichener Haushalt würde zur Stabilisierung der Schuldenquote eine Inflation von 4,7 Prozent erfordern. Ein jährliches Haushaltsdefizit von 1,2 Prozent würde gar eine Inflation von 6,1 Prozent nahelegen.

Freilich kann die unabhängige Federal Reserve nicht zu Inflation gezwungen werden. Aber Morgan Stanley warnt, dass es nur logisch wäre, wenn die Notenbank zumindest etwas höhere Inflation zuließe, um in ferner Zukunft einer noch viel schmerzhafteren Geldentwertung aus dem Wege zu gehen. Fachleute wie der ehemalige Chefvolkswirt des IWF, Kenneth Rogoff, und das ehemalige Mitglied des geldpolitischen Komitees der Bank von England, David Blanchflower, treten bereits für wesentlich höhere Inflationsziele der Notenbanken ein.

Die Versuchung, Inflation zu Hilfe zu ziehen, ist umso größer, je höher der Schuldenberg ist. Eine Schuldenlast, die mehr als 90 Prozent des Bruttoinlandspro-

Staatsverschuldung in den Vereinigten Staaten

Angaben in Prozent des BIP



Quelle: Morgan Stanley

F.A.Z.-Grafik Kaiser

Anleger nervöser als nach Insolvenz von Lehman

maf. FRANKFURT, 11. Februar. Die Schuldenkrise Griechenlands hat die Investoren mehr verunsichert als die Lehman-Insolvenz am 15. September 2008. Das überraschende Ergebnis begründet die Ratingagentur Fitch mit der höheren Liquidität am Markt für Kreditausfallversicherungen. Die von ihren Analysten verwendete Liquiditätskennziffer für die gehandelten Credit Default Swaps (CDS) hat Ende Januar höher gelegen als auf dem Höhepunkt der Finanzkrise. Fitch begründet die höhere Aktivität am CDS-Markt mit der zunehmenden Verunsicherung von Investoren.

Zahlen über das Handelsvolumen liefert Fitch nicht. Der CDS-Handel findet im Freiverkehr unter Banken, Versicherern und Hedge-Fonds statt und ist deshalb noch intransparent. Die Bankenaufseher wollen dies aber ändern und durch einen zentralisierte Abwicklung der gehandelten Kontrakte mehr Transparenz am CDS-Markt schaffen.

Londoner Investmentbanker beziffern das Volumen an Kreditausfallversicherungen gegen eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands auf 75 Milliarden Euro. Im Vergleich zum ausstehenden Anleihevolumen von 300 Milliarden Euro erscheint dies relativ klein. Dies führen die Investmentbanker darauf zurück, dass das Handelsvolumen mit griechischen Schuldtiteln deutlich geringer ist als der im Markt befindliche Bestand. Die meisten Investoren, in erster Linie Banken, Fonds und Ver-



Die Antwort, mein Freund, weiß nur der Wind: Hohe Schulden können, müssen aber nicht Inflation erzeugen.

Foto Getty

duktes ausmacht, hat in der Vergangenheit in vielen Ländern spürbar das Wirtschaftswachstum belastet. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Untersuchung der amerikanischen Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff, die im vergangenen Jahr mit „This Time is different“ ein vielbeachtetes Buch über zahlreiche Finanzkrisen in den vergangenen 800 Jahren vorgelegt hatten. Darin waren die beiden Autoren unter anderem zu der Erkenntnis gekommen, dass stark steigende Staatsschulden eine typische und langfristige belastende Begleiterscheinung bei der Bewältigung schwerer Finanzkrisen bilden. Gleichzeitig gehen nach einer Krise die privaten Schulden häufig zurück.

Der Befund, dass ab einer Grenze von 90 Prozent Staatsverschuldung am BIP das Wirtschaftswachstum deutlich leiden lässt, gilt nach diesen Untersuchungen für Industrienationen wie für Schwellenländer. Eine von dem Ökonomen Robert Barro stammende Begründung für den Rückgang des Wirtschaftswachstums als Folge hoher Staatsschulden stellt auf die nachteilige Wirkung höherer Steuern auf das Wachstum ab, die zur Sanierung der Staatshaushalte häufig nötig sind. Daher ist es nach den beiden Autoren illusorisch zu glauben, ein hohes Wirtschaftswachstum werde die Schuldenlast allmählich reduzieren: „Länder wachsen nur selten einfach aus ihren Schulden heraus.“

Bedeutsam ist daneben die Frage, ob ein hoher Teil der gesamten Verschuldung eines Landes (private wie öffentliche Schulden) im Ausland aufgenommen wurde. Dies lässt sich vor allem in Schwellenländern beobachten, gilt aber auch für viele europäische Staaten wie Griechenland. Reinhart und Rogoff zeigen für Schwellenländer, dass ab einer Auslandsverschuldung von 60 Prozent des BIP das heimische Wirtschaftswachstum zu leiden beginnt.

Andererseits belegt die Studie keinen systematischen Zusammenhang zwischen steigender Staatsverschuldung und höheren Inflationsraten. Eine These, eine steigende Schuldenlast gehe zwin-

gend mit einer beschleunigten Geldentwertung einher, wäre im Lichte historischer Erfahrungen nicht korrekt.

Im Notfall drohen Zwangsanleihen

Das Verhängnisvolle des vergangenen Jahrzehnts war jedoch, dass viele Regierungen angesichts des starken Wirtschaftswachstums der Illusion unterlagen, die Schulden würden automatisch dahinschmelzen und eine lockere fiskalpolitische Politik sei daher opportun. „Hätten die Staaten ihre straffe Fiskalpolitik beibehalten und Puffer aufgebaut, hätten die jetzigen Defizite ohne Aufnahme neuer Schulden finanziert werden könnten“, sagt Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Indien sei nahezu das einzige Land, das seinem Schuldenberg sprichwörtlich entwachsen kann.

Mayer sagt, der Weg aus den Schulden mit Hilfe der Inflation sei nicht einfach, weil Anleihegläubiger sofort höheren Inflationsausgleich verlangten, sobald sie die Inflationspolitik durchschaut hätten. Dann müsse die Inflation noch mehr steigen, um einen Effekt auf die Schuldenquote zu generieren. Im Notfall helfe nur noch der Weg über Zwangsanleihen und

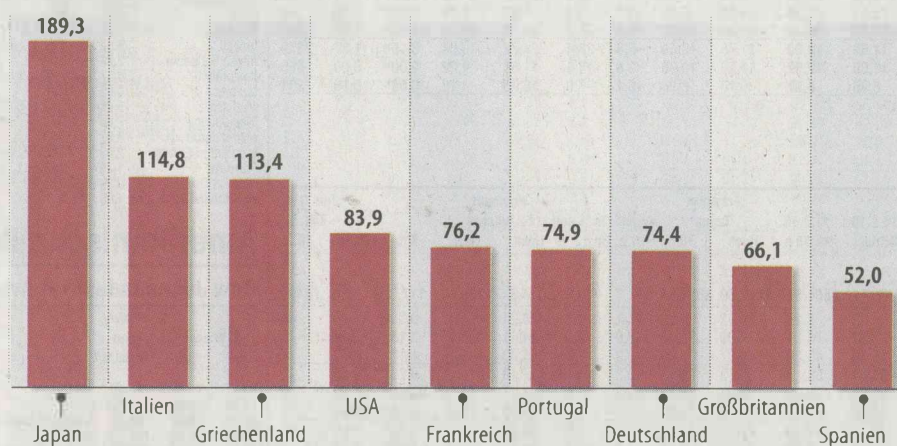
Druck auf Banken, mehr Anleihen zu kaufen und zu halten, als sie eigentlich benötigten. Dies könne als Politik zur Sicherung des Finanzsystems verkauft werden, sagt Mayer. In diesem Zusammenhang sind Anforderungen der britischen Aufsicht an die Banken interessant, mit Blick auf eine sichere Liquidität den Anteil ihrer Staatsanleihen aufzustocken.

Einzelne Euro-Mitglieder haben die Option einer Inflation nicht. Schuldtitel von Griechenland werden zudem nach Angaben der Deutschen Bank zu 88,1 Prozent im Ausland gehalten, was die Variante eines Zahlungsausfalls attraktiver gestaltet. Hilft indessen fiskalpolitische Disziplin? Dies ist nicht der Fall, wenn eine Senkung des Haushaltsdefizits zu niedrigerem Wachstum führt und dies deshalb die Schuldenquote nicht reduziert. Dies ist umso mehr der Fall, wenn ein Land wie Griechenland kein ausreichendes Inlandswachstum generieren kann. In diesem Fall bringe fiskalpolitische Disziplin nichts, warnt Mayer.

Carmen M. Reinhart / Kenneth S. Rogoff: Growth in a Time of Debt. Diskussionspapier. Im Internet: <http://www.aeaweb.org/aea/conference/program/retrieve.php?pdfid=460>

Die Staatsverschuldung

in Prozent des BIP 2009



Quelle: OECD, Euro-Staaten nach der Maastricht-Definition, Griechenland nach Neuberechnung der EU-Kommission F.A.Z.-Grafik Niebel

Risikoprämien sinken

Kreditausfallversicherung für Staatsanleihen (in Prozent der versicherten Summe)



Quelle: Bloomberg / F.A.Z. - Grafik Brocker

sicherungen, würden die Titel bis zur Fälligkeit halten.

Trotzdem ist die Liquidität in den griechischen CDS im Zuge der zunehmenden Schuldenprobleme Griechenlands deutlich gestiegen. Hedge-Fonds seien im Herbst als erstes eingestiegen, nachdem die neue Regierung die Schätzung für das Haushaltsdefizit 2009 auf knapp 13 Prozent verdoppeln musste, berichten CDS-Händler.

Sie halten Marktgerüchte für plausibel, wonach der amerikanische Versicherer AIG das Ausfallrisiko Griechenlands in einem größeren Volumen abgesichert haben soll. Nach der Lehman-Insolvenz musste AIG vom amerikanischen Staat aufgefangen werden. AIG wäre ansonsten aufgrund der Belastungen aus den verkauften Kreditausfallversicherungen kollabiert. In den Jahren vor der Finanzkrise sollen auch deutsche Landesbanken Ausfallrisiken staatlicher Schuldner versichert haben. Doch diese Positionen hätten sie im vergangenen Jahr deutlich reduziert, sagte ein Londoner Investmentbanker.